

"Wechselbad der Gefühle" für die Atomkraftwerker im Weserbergland

Signal der SPD Richtung Atomkraftwerk Grohnde: Umbau der Energieversorgung darf keine Verlierer produzieren

Grohnde/Hannover (wbn). Es ist ein klares Signal an die E.on-Beschäftigten im Atomkraftwerk in Grohnde: Der Umbau der Energieversorgung darf – so formulieren es niedersächsische Landespolitiker und der Landrat von Hameln-Pyrmont, Rüdiger Butte in einer Erklärung gegenüber den Weserbergland-Nachrichten.de -□ „keine Verlierer produzieren“.

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Stefan Schostok, hat im Rahmen seiner Bereisung von Integrationsprojekten auch den Landkreis Hameln-Pyrmont besucht. Anlässlich dieses Besuches nahm Stefan Schostok auch Stellung zum Atomkraftwerk in Grohnde: Stefan Schostok: „Die Reaktorkatastrophe von Fukushima vor drei Monaten hat Deutschland nachhaltig verändert. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit der Rückkehr zur Politik des Atomausstiegs der Regierung Schröder/Fischer eine 180-Grad-Wende vollführt. Wir unterstützen grundsätzlich diese Entscheidung. Wir sehen aber auch, dass dieser plötzliche Sinneswandel der Regierung Merkel von einer Atomenergie-freundlichen zu einer Atomenergie-kritischen Politik die Beschäftigten der deutschen Atomkraftwerke und deren Familien in ein Wechselbad der Gefühle gestürzt hat. Insbesondere am Standort Grohnde, wo die Arbeitsplätze noch vor einem halben Jahr als auf Jahrzehnte sicher galten, ist die Verunsicherung mit Händen zu greifen.“

Fortsetzung von Seite 1

Der SPD-Landtagsabgeordnete Ulrich Watermann ergänzt: „Es ist die Verantwortung der niedersächsischen Politik, den Menschen in Grohnde, insbesondere den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von diesem Umbruch direkt betroffen sind, eine Perspektive zu bieten“. Die SPD-Landtagsfraktion habe deshalb den Vorschlag eines Qualifizierungs- und Beschäftigungspakts gemacht. Erste Gespräche dazu sind bereits mit dem Präsidenten des Bundesverbandes Erneuerbare Energien, Dietmar Schütz, geführt worden.

Die Bundestagsabgeordnete Gabriele Lösekrug-Möller: „Ich unterstütze die Idee der SPD-Landtagsfraktion, eine Vereinbarung zu treffen, in der die Branche der Erneuerbaren Energien Verantwortung für diejenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer übernimmt, die aufgrund des absehbaren Endes der Atomenergienutzung in Deutschland ihre Arbeitsplätze mittelfristig verlieren werden. Ihnen sollen ortsnahe neue und angemessene Arbeitsplätze

Geschrieben von: Lorenz

Samstag, den 11. Juni 2011 um 21:53 Uhr

angeboten werden“. Der Landrat von Hameln-Pyrmont, Rüdiger Butte zeigt sich zuversichtlich: „Ich sehe dafür gute Chancen, denn die Erneuerbaren Energien stellen einen boomenden Wirtschaftszweig dar, der in den nächsten Jahren an Bedeutung weiter gewinnen wird. Damit verbunden ist ein wachsender Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Es ist unsere Verantwortung, dass der Umbau der Energieversorgung unserer Gesellschaft keine Verlierer produziert und dass die Chancen, die er bietet, allen offenstehen.“